Immer weniger Frauen bleiben „daheim am Herd". Dennoch kämpfen einige Aktivistinnen unverdrossen gegen den Zeitgeist. Die Regierung will das „Unternehmen Haushalt" fördern. Experten betrachten dies aber mit Skepsis.

Kochlöffel statt Karriere

Eva Linsinger
Martina Salomon

Sogar das Bild von Che Guevara muss herhalten – für die „Hausfrauenrevolution". Die Schauspielerin und dreifache Mutter Marie-Theres Relin, Frau von Franz Xaver Kroetz, ruft auf ihrer Homepage zur Revolte auf: „Hausfrauen haben kaum Rechte. Wir hätten irrsinnige Macht, wenn wir zusammenhalten." Einstweilen werden auf der Homepage Rezepte und Erziehungstipps ausgetauscht – die Revolution lässt auf sich warten.

Es wäre die Revolution einer Minderheit. 594.300 Österreicherinnen bezeichnen sich (teils vorübergehend) als Hausfrauen – Tendenz: stark abnehmend. Vor 50 Jahren gab

auf das Pensionssplittung in Deutschland.

Wenn er auch dem Pensionssplitting viel abgewinnen kann – die anderen Argumente Binders machen Sozialwissenschafter Bernd Marin zornig: „Meine Mutter zahlt keine Krankenversicherung, nur weil sie vor 50 Jahren drei Kinder erzog. In Österreich gibt es üppige Familien- und Hausfrauenförderung." Zu üppige, findet Marin und nennt Beispiele: Die beitragsfreie Mitversicherung koste 1,6 Milliarden Euro pro Jahr, sie bevorzuge alle Frauen, die irgendwann Kinder geboren haben. Oder die Steuervergünstigung Alleinverdienerabsetzbetrag, den es unabhängig davon gibt, ob die Frau bei Kindern oder am Golfplatz ist:

Hausfrauen sind rechtlich benachteiligt. Die Gesellschaft könnte ohne den Wert der Hausfrauentätigkeit nicht überleben.

Sozialrechtsprofessor Martin Binder

Brüchige Fünfzigerjahre-Idylle im damaligen Upperclass-Hausfrauenschick: „Far from Heaven" mit Julianne Moore. *Foto: APA*

Zuhausebleiben wird in Österreich hochgradig subventioniert. Davon profitiert die Shoppingbag-Lady, das ist skandalös.

Sozialwissenschafter Bernd Marin

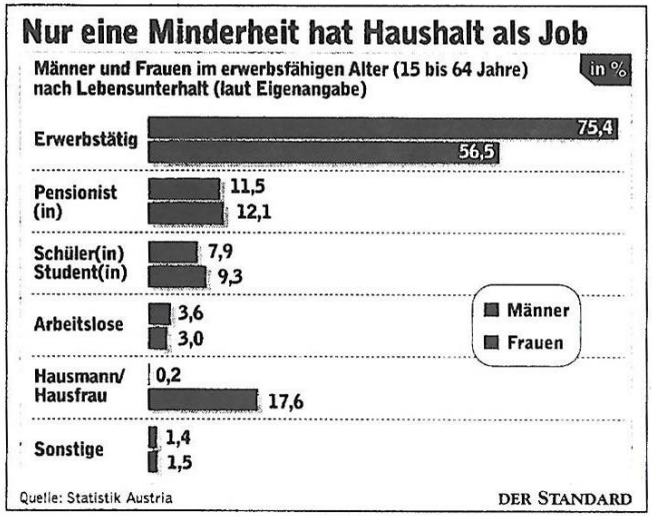
es noch ungefähr doppelt so viele, dafür null Hausmänner. Mittlerweile weist die Statistik 7200 dieser seltenen Spezies aus, die Computer gegen Kochlöffel tauschen.

Zumindest in städtischen Ballungsgebieten ist das Hausfrauendasein schwer aus der Mode. Wer diese Arbeit als Beruf angibt, sagt gerne „nur" dazu. Dass Frauen „heim an den Herd" geschickt werden, gilt als gravierender Vorwurf in der Politik, gegen den sich auch die Regierung trotz Kindergeld zur Wehr setzt. Dennoch hat sie ins Koalitionsprogramm den Punkt „Förderung des Unternehmens Haushalt" hineingeschrieben. Dazu wurde im Rahmen des zehnjährigen Jubiläums des „Internationalen Jahres der Familie", in dem die Familienpolitik unter die Lupe genommen wird, ein Arbeitskreis gegründet.

Wozu das gut sein soll? Familienarbeit soll aufgewertet werden, heißt es im Sozialressort. Auch steuerliche Absetzbarkeit professioneller Kinderbetreuung sowie Pensionssicherung für Mütter wird Thema sein. Doch an echte Grundsicherung wagt niemand zu denken. Schließlich predigt mittlerweile selbst die schwarze Frauenministerin Maria Rauch-Kallat, dass Mütter beim Berufsausstieg nicht den Wiedereinstieg aus den Augen verlieren sollen.

Eines der wenigen Projekte, das aus der kurzen Ära der Katastrophenministerin Elisabeth Sickl übrig blieb, versucht Einstieg und Ausstieg zu verbinden: „Familienkompetenzen als Schlüssel für Berufserfolg" nennt sich das Projekt, bei dem Hausfrauen ein vom Sozialministerium unterschriebenes Zeugnis für die Arbeitssuche ausgestellt bekommen – etwa mit Qualifikationen wie „stressresistent". Ob das hilft? 5000 Wiedereinsteigerinnen sind allein in Wien durchschnittlich jedes Monat arbeitslos gemeldet. Je länger die Berufspause dauert, desto geringer ist die Chance, wieder am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Manche haben es dennoch nicht eilig und kämpfen gegen den Trend für ihre Sache: Seit 1956 gibt es die Österreichische „Hausfrauen-Union", deren Vorsitzende Oslinde Jahnel seit zwei Jahren sogar Chefin des europäischen Verbands ist. Gefordert wird Entlohnung der Familienarbeit durch den Staat inklusive Pensionsanrechnung. „Das ist wahrhaftig kein Rückfall in ein altes Rollenbild", sagt sie. „Es ist ein weiterer Schritt zur Anerkennung des Wertes der Frauenarbeit, der bis jetzt nicht berücksichtigt wird."



Im Innsbrucker Sozialrechtsprofessor Martin Binder findet die Hausfrauen-Union einen flammenden Mitstreiter. Schon vor zwei Jahren kritisierte er im Buch „Hausfrau, das rechtlose Wesen" Lücken in den Gesetzen – und auch einige Reformen später findet er, dass Hausfrauen „sozialrechtlich benachteiligt sind. Sie haben in der Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung keine eigenen Ansprüche. Dabei könnte die Gesellschaft ohne den Wert der Hausfrauentätigkeit nicht überleben." Er fordert verstärkte soziale Sicherung für Hausfrauen und verweist etwa „Umverteilung von Kinderlosen zu Familien ist gut. Dass aber die Shoppingbag-Lady vom Alleinverdienerabsetzbetrag profitiert, ist skandalös."

„Zuhausebleiben wird hochgradig subventioniert", ärgert sich Marin – vor allem weil die Frauenerwerbsquote viel zu niedrig sei: 1950 lag Österreich an zweiter Stelle, mittlerweile ist es an die 15. in OECD-Europa zurückgefallen, sogar hinter Portugal. Auch wenn das die Hausfrauen-Union nicht gern hört, sei das ein Problem, argumentiert Marin: „Pensions- und Krankenversicherungssysteme krachen unter anderem deshalb, weil zu viele Frauen zu lange Hausfrauen und zu wenige berufstätig sind."